

A1 Sparen bei Sozialem? Nicht mit uns!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 03.09.2024
Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Überall wird gespart

2 Während die reichsten Teile der Gesellschaft von Steuererleichterungen und einer
3 zunehmend deregulierten Wirtschaft profitieren, werden die ärmsten
4 Bevölkerungsgruppen durch Kürzungen bei Sozialleistungen und
5 Arbeitsmarktförderungen sowie durch das Festhalten an niedrigen Löhnen
6 zusätzlich belastet.

7 Arbeit muss sich lohnen!

8 Die derzeitigen Sparhaushalte und das Festhalten an niedrigen Löhnen haben
9 jedoch verheerende Auswirkungen auf die Lebensrealität vieler Menschen.
10 Millionen von Arbeitnehmer*innen müssen tagtäglich darum kämpfen, mit ihrem
11 Einkommen ihre grundlegenden Bedürfnisse zu decken. Prekäre Arbeitsverhältnisse,
12 befristete Verträge und Niedriglöhne führen dazu, dass viele Menschen am
13 Monatsende vor der Entscheidung stehen, ob sie ihre Miete bezahlen, ihre Kinder
14 ernähren oder andere lebensnotwendige Ausgaben decken können. Besonders
15 betroffen sind hier FLINTA*-Personen, junge und migrantisierte Menschen, die
16 überdurchschnittlich oft in Teilzeitjobs, Minijobs oder befristeten
17 Beschäftigungen arbeiten, die kaum existenzsichernd sind. Diese Unsicherheit
18 erzeugt enormen psychischen Druck, führt zu einem Gefühl der Ohnmacht und nimmt
19 den Betroffenen die Möglichkeit, ihr Leben frei zu gestalten.

20 Die Anhebung des Mindestlohns auf 12€ war da nur ein Tropfen auf dem heißen
21 Stein, der durch die Inflation schnell wieder aufgeessen wurde. Und auch die
22 verschiedenen Einmalzahlungen haben nur wenig dazu beigetragen, den Menschen in
23 der Krise zu helfen.

24 Statt eines fairen Einkommens für alle, beobachten wir eine wachsende Kluft
25 zwischen arm und reich, die nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch
26 den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Deswegen setzen wir uns für
27 folgende Maßnahmen ein, um diese Situation zu verbessern:

- 28 • Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde, damit sich vom
29 verdienten Lohn sich wieder das Leben geleistet werden kann.
- 30 • Stärkung von Tarifverträgen und kollektiven Verhandlungen, um faire Löhne
31 und gute Arbeitsbedingungen für alle sicherzustellen.

32 Ein Sozialsystem, das allen hilft!

33 Sparmaßnahmen beim Bürgergeld und anderen Sozialleistungen führen zu massiven
34 Einschnitten im Alltag vieler Menschen, die auf staatliche Unterstützung
35 angewiesen sind. Menschen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder
36 anderen Gründen nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu
37 bestreiten, sind derzeit den Härten eines unzureichenden Sozialsystems
38 ausgesetzt. Die Sätze des Bürgergeldes reichen nicht aus, um die steigenden

39 Lebenshaltungskosten zu decken, was dazu führt, dass immer mehr Menschen in
40 existenzielle Notlagen geraten und ihren Lohn aufstocken müssen. Die Folgen
41 dieser Politik sind weitreichend: Immer mehr Menschen sind gezwungen, schlecht
42 bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen, weil die sozialen Sicherungssysteme
43 nicht ausreichen, um ein Leben in Würde zu ermöglichen.

44 Hinzu kommen die wieder eingeführten Sanktionen, die die finanzielle
45 Unterstützung weiter kürzen und so Menschen in noch größere Unsicherheit und
46 Armut stürzen. Dies verstärkt nicht nur die soziale Ausgrenzung, sondern auch
47 den Druck auf die Betroffenen, die ohnehin schon mit erheblichen Schwierigkeiten
48 zu kämpfen haben. Daher braucht es jetzt:

- 49 • Einen armutsfesten Bürgergeld-Regelsatz, um ein Leben oberhalb der
50 Armutsgrenze zu gewährleisten.
- 51 • Abschaffung aller Sanktionen beim Bürgergeld, damit niemand mehr in Angst
52 vor existenziellen Kürzungen leben muss.
- 53 • Mehr Investitionen in die Ausbildungsförderung und Maßnahmen zur
54 nachhaltigen Arbeitsmarktintegration, um allen Menschen echte Chancen auf
55 Teilhabe und Selbstbestimmung zu bieten.

56 Sparen beim Sozialen stärkt die Rechten!

57 Die Sparpolitik im sozialen Bereich gefährdet nicht nur die Betroffenen direkt,
58 sondern hat auch weitreichende Folgen für unsere gesamte Gesellschaft. Wenn
59 Menschen das Gefühl haben, dass der Staat ihre Bedürfnisse ignoriert und ihnen
60 keine Sicherheit bietet, wächst das Misstrauen in die politischen Institutionen.
61 Dies führt dazu, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht und abgehängt fühlen –
62 ein Nährboden für rechtsextreme Ideologien. Rechtsextreme Kräfte nutzen diese
63 Unsicherheiten und Ängste gezielt aus, um Hass und Ausgrenzung zu fördern. Sie
64 bieten scheinbar einfache Antworten und Sündenböcke, um von den eigentlichen
65 Problemen – wie sozialer Ungleichheit und ungerechter Verteilung – abzulenken.
66 Die jüngsten Europawahlen und die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen haben
67 deutlich gezeigt, wie diese Dynamiken das Erstarken rechtsextremer Bewegungen
68 begünstigen.

69 Um den sozialen Frieden zu wahren, müssen wir entschieden gegen diese
70 Entwicklungen vorgehen. Das erfordert eine Stärkung des Sozialstaats, der für
71 alle Menschen Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleistet. Deshalb fordern wir:

- 72 • Keine weiteren Sparmaßnahmen im sozialen Bereich, um den
73 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.
- 74 • Stärkung des Sozialstaats und ein Steuersystem, das hohe Einkommen und
75 Vermögen gerecht umverteilt.
- 76 • Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur, um den
77 Menschen Sicherheit zu bieten und das Vertrauen in die Demokratie zu
78 stärken.

79 Was können wir tun?

80 Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, leiten wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-
81 Holstein einen Weg hin zu einer gerechteren und solidarischeren politischen
82 Praxis ein. Wir wollen mit jungen Menschen vor Ort ins Gespräch kommen, ihren
83 Problemen ein ehrliches und offenes Ohr bieten und mithilfe einer solidarischen
84 politischen Praxis Angebote machen, die jungen Menschen konkret in schwierigen
85 Lebenslagen hilft.